

**FOR****family office report***Gespräche, Hintergründe und Fakten***MÄRZ 2018****Die Anlagemärkte sind unter dem Joch der Politik**

Seite 2

*Was bedeuten die aktuellen Nachrichten wie GroKo-Regierung, Wahlergebnis in Italien oder der von Trump heraufbeschworene drohende Handelskrieg mit den USA für ein institutionelles Portfolio?*

Die freien Märkte müssen beschränkt werden, ist die immer wieder geäußerte Forderung der politisch Mächtigen. Diese zügellosen Märkte sind die Ursachen allen Übels, war die Analyse aus der letzten Finanzkrise. Neben dem wahren Kern, dass hemmungslose Gier den Verstand benebelt und zu Fehlentscheidungen führt, ist aber ein von der Politik überregulierte Markt die andere Seite des Pendels.

Seite 3

**Anlageverhalten institutioneller Investoren**

Die Ratingagentur Scope hat 106 institutionelle Investoren zu ihrem Anlageverhalten und zu ihren Einschätzungen in Bezug auf einzelne Asset Manager befragt.

Seite 5

**Die Deutsche Bank - ein Sanierungsfall**

Der Ruf der Deutschen Bank ist schwer angeschlagen. Doch das neue Management will Vertrauen zurückgewinnen.

Seite 8

**Arena des monetären Sadismus**

Den Kampf um ewige Niedrigzinsen und Transferleistungen tragen nicht nur Mario Draghi und Jens Weidmann aus!

## Die Anlagemärkte sind unter dem Joch der Politik

*Was bedeuten die aktuellen Nachrichten wie GroKo-Regierung, Wahlergebnis in Italien oder der von Trump heraufbeschworene drohende Handelskrieg mit den USA für ein institutionelles Portfolio?*

Die freien Märkte müssen beschränkt werden, ist die immer wieder geäußerte Forderung der politisch Mächtigen. Diese zügellosen Märkte sind die Ursachen allen Übels, war die Analyse aus der letzten Finanzkrise. Neben dem wahren Kern, dass hemmungslose Gier den Verstand benebelt und zu Fehlentscheidungen führt, ist aber ein von der Politik überregulierter Markt die andere Seite des Pendels.

### Yale-Universität



Der Chefinvestor der Yale Universität, David Swensen, kann sich nach einem Artikel der Welt vom 12. November 2017 einerseits über den Hochfrequenzhandel aufregen, weil dieser den Aktienmarkt ruiniert, steht aber andererseits aus Überzeugung hinter Assetklassen wie Private Equity, Hedgefonds und anderen illiquiden Anlageformen, obwohl diese nicht selten aus der Politik als Schattenbanken herabgewürdigt werden. Sein Erfolg mit einer durchschnittlichen Jahresrendite von über 12 Prozent gibt im Recht, obwohl auch das Yale-Portfolio 2008 und 2009 einen schweren Rückschlag durch die Finanzkrise bekommen hatte. Die Konsequenz war eine Reduzierung der illiquiden Anlageformen von 66 auf 50 Prozent, weit mehr, was die Aufsicht einem deutschen Versicherungsportfolio zugesteht.

### Bridgewater

Der amerikanische, in Greenwich (Connecticut) ansässige Hedgefonds Bridgewater setzt frontal auf eine Baisse in Europa und hat laut Angabe aus dem Bundesanzeiger europäische Aktien im Wert von rund 14 Milliarden Euro leer gekauft. Darunter deutsche Aktiengesellschaften wie Siemens, Allianz, BASF und Deutsche Bank mit einer Kapitalquote von etwa 0,8 bis 0,9 Prozent. Bridgewater-

Gründer Ray Dalio hatte bereits im Weltwirtschaftsforum in Davos sich nicht dem dort verbreiteten Optimismus für die Wirtschaft und die Börse anschließen können, wie die Frankfurter Zeitung am 14.02.2018 berichtete. Er wird mit den Worten zitiert: „Wir wissen nicht genau, wie weit die Aktienmärkte und dann die Wirtschaft vom Gipfel entfernt sind, aber es ist klar, dass die Anleihenmärkte den Gipfel überschritten haben.“

### GroKo

Bereits nach sechs Monaten eine entscheidungsfähige Regierung! Das ist doch einer demokratischen Industrialisation wie Deutschland nicht würdig. Bedacht muss jetzt werden, dass ein Jahr vor dem nächsten Plebiszit bereits der Wahlkampf wiederbeginnt und somit lediglich noch zweieinhalb Jahre für das Regieren übrigbleiben. Wo die politischen Entscheidungen hingehen, deutet der Koalitionsvertrag schon an: Kapitalismuskritik, Umverteilung, sich Europa ergeben und hochaktiv monetärer Sadismus.



Nicht alles – insbesondere europafreundlich zu sein ist schlecht, was die Folgen des Brexits für England deutlich zeigen. Aber warum sich devot anbieten? Der designierte Finanzminister Olaf Scholz kündigte freiwillig an, in Europa mehr zu bezahlen, was den Sanierungswillen der Südstaaten weiter abwürgen wird. Die Vergangenheit zeigte jedoch, dass Deutschland die wirtschaftsfeindliche Politik zum Erstaunen der Marktbeobachter und Wirtschaftsexperten gut ausbalanciert. Aber das deutsche Finanz-Wirtschaftsgefüge ist fragiler als man glaubt. Ob es gleich zu einem Bankencrash in zwei Jahren führt, wie es der promovierte Volkswirt und Partner der Unternehmensberatung Götz-

partners Marcus Krall in seinem Buch „Der Draghi Crash“ postuliert, bleibt dahingestellt. Fakten wie die latente Pleite Italiens ohne Draghis Geldpolitik sind nicht zu widerlegen.

### Wahlergebnis in Italien



In Italien manifestiert das Wahlergebnis den Trend zur einer populistischen Rechten, ein Phänomen, das ganz Europa in seinen Bann zieht. Das Land ist damit ebenfalls auf der Suche nach einer Parlamentsmehrheit, die nicht zu finden sein wird. Da aber das Ergebnis den Erwartungen der Analysten entsprach, war an den Börsen wenig von der kommenden Unsicherheit auf dem Stiefel des europäischen Kontinents zu spüren.

Wirtschaftspolitisch wird von den europäischen Staatschefs meist ein eher linker Kurs der gnadenlosen Umverteilung eingeschlagen. Wünschenswert wäre die Stärkung der Mitte, die in den 90er Jahren Politiker wie Blair oder Schröder an die Macht spülten. Von den Erfolgen der Agenda 2010 zehren heutige Regierungsverantwortliche noch und reißen die Errungenschaften trotzdem wieder ein. Angela Merkels Agenda (CDU) ist deutlich weiter links wie die eines Gerhard Schröder (SPD), was durch eine in Selbstauflösung befindliche SPD des Jahres 2018 als Koalitionspartner noch verstärkt wird.

### USA - Handelskrieg

Aus Amerika kommen ebenfalls Probleme herüber. Der Narzissmus des amerikanischen Präsidenten Donald Trump kennt keine Grenzen, und er beginnt einen Handelskrieg anzuzetteln. Er beginnt gegen den Rat seines wichtigsten, nun zurückgetretenen Wirtschaftsberaters Gary Cohn mit massiven Strafzöllen auf Stahl und Aluminium, und die EU muss nun



reagieren. Schlechte Vorzeichen für den Exportweltmeister Deutschland und seine Stahlproduzenten! Eher geräuschlos ist der Wechsel an der

Spitze der FED, der amerikanischen Zentralbank, vollzogen worden, wodurch der konsequente Zinsanstieg in Übersee weitergehen wird und der Zinsspread zwischen den USA und Europa sich vergrößern wird.

### Resümee

Die Finanzmärkte sind hochpolitisch wie selten und werden protektionistisch von der politischen Elite vorgeführt. Christian Hammes von der Eta Family Office GmbH beschreibt den Blick in das laufende Jahr in seinem

Quartalsrundschriften sehr treffend wie folgt: „2018 wird zeigen, wie konservative und aggressive Vermögen auf die hohen Bewertungen im Aktienmarkt und die fast komplette Emittenten-Auspreisung im Anleihenbereich und eine Rückkehr zur Normalität eingestellt sind.“ Die Eta Family Office GmbH hält in vielen Fällen eine Risikomanagement-Schicht über dem Gesamtvermögen für angebracht.

Es bleibt also spannend. Bleiben Sie kritisch. ■

## Ratingagentur Scope führt FERI Studie fort

### Anlageverhalten institutioneller Investoren

Die Ratingagentur Scope hat 106 institutionelle Investoren zu ihrem Anlageverhalten und zu ihren Einschätzungen in Bezug auf einzelne Asset Manager befragt. Das insgesamt verwaltete Vermögen der befragten Investoren summiert sich auf 535 Mrd. Euro. Die Umfrage basiert auf ausführlichen und persönlichen Gesprächen. Sie wird seit 2001 im Zwei-Jahres-Rhythmus durchgeführt. Die wichtigsten Ergebnisse:

#### Renten dominieren – deutliche Unterschiede zwischen Investoren

Das nach wie vor wichtigste Anlagesegment für Institutionelle sind Renten. Sie stehen bei den von Scope Befragten derzeit für durchschnittlich 77% ihrer Assets. .... Der Rentenanteil liegt seit vielen Jahren vergleichsweise konstant bei rund drei Viertel des verwalteten Vermögens. .... Während (aber) Versicherungen derzeit zu 83% Rentenscheine halten, beträgt diese Quote bei Kirchen und Stiftungen nur 47%.

Für die kommenden drei Jahre bewerten die befragten Investoren die Perspektiven der Emerging Markets am positivsten: 41% der Befragten bewerten die Perspektiven für Schwellenländer-Anleihen mit Investment Grade als gut oder sehr gut. Deutlich negativer fallen die Einschätzungen zu Renten aus dem Euroraum aus. Nur 5% der Befragten bewerten die Perspektiven als gut. ...

#### Indirekte Investments werden immer wichtiger

Zwar spielen im Anleihensegment Direktinvestments weiterhin eine große Rolle: Mehr als 50% des gesamten Vermögens der befragten Investoren werden direkt mit Rentenscheinen gehalten. Dennoch lässt sich ein Trend hin zu indirekten Investments erkennen, der vor allem durch das dauerhafte Niedrigzinsniveau hervorgerufen wird. Da klassische Staatsanleihen kaum noch auskömmliche Erträge liefern, weichen Investoren verstärkt in andere Anleihensegmente aus – u.a. Emerging Markets oder Wandelanleihen. Die nötige Expertise, um in diesen Segmenten zu agieren, werden in der Regel durch externe Manager abgebildet.

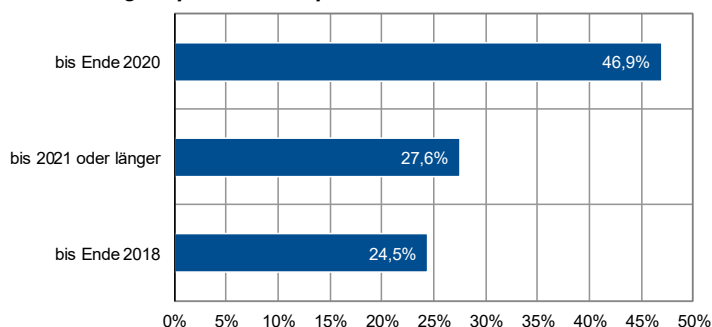
#### Aktienquote – Finanzkrise hat bleibende Spuren hinterlassen

Im langfristigen Vergleich auffällig ist vor allem der deutliche Rückgang der

Aktienquote. Bei der ersten Umfrage im Jahr 2001 betrug der Aktienanteil noch 17%. Aktuell sind es nur rund 5%. Zwar erwarten die befragten Investoren bis zum Jahr 2020 einen leichten Anstieg der Aktienquote auf durchschnittlich 5,5%. Dennoch: Vom Vorkrisenniveau ist die Aktienquote weit entfernt. Auch bei der Aktienquote gibt es signifikante Unterschiede zwischen den Investorengruppen: Bei Banken und Versicherungen liegt sie bei nur 3%. Bei den von Scope befragten Altersversorgern (vor allem Versorgungswerke) machen Aktien rund 14%, bei Kirchen und Stiftungen sogar 28% der Portfolios aus.

Die Anlageperspektiven für die kommenden drei Jahre bewerten Investoren auch bei Aktien am positivsten für die Emerging Markets – drei Viertel der Befragten beurteilt die Perspektive als gut oder sehr gut. Es folgen Europa (73%) und Deutschland (71%) mit ähnlich positiven Einschätzungen. Anders verhält es sich für japanische und nordamerikanische Aktien – nur rund 23% bzw. 32% der Befragten bewerten die Perspektiven für die kommenden drei Jahre als gut oder sehr gut. ■

Wie lange wird die Niedrigzinsphase in Europa noch anhalten?



Quelle: Scope Analysis.



Mehr dazu unter

Kommentar von Rechtsanwalt Martin Klein, Geschäftsführender Vorstand VOTUM e.V.

## Stellungnahme zur rechtlichen Situation der gewerblichen Anlagevermittler nach Inkrafttreten der MiFID II am 03.01.2018



Berlin, 13. Dezember 2017 - Bei einer Vielzahl von Vermittlern mit einer Gewerbeerlaubnis nach § 34 f GewO besteht derzeit eine Verunsicherung darüber, welche Pflichten von ihnen nach Inkrafttreten der MiFID II ab dem 03.01.2018 im Rahmen ihrer Berufsausübung zu beachten sind.

### **Gesetzgeberisches Versäumnis führt zu Verunsicherung**

Auch wir bedauern, dass es hier aufgrund des unverständlicherweise verzögerten Gesetzgebungsverfahrens zu einer unnötigen Verunsicherung des Marktes gekommen ist. Der Vorgang ist ein Beispiel dafür, dass das gesetzgeberische Wirken der Großen Koalition, insbesondere zum Ende der Legislaturperiode, nicht so effizient war, wie man es angesichts der Mehrheitsverhältnisse hätte erwarten können.

### **Auch nach dem 03.01.2018 gilt ausschließlich die aktuelle FinVermV**

Die Antwort auf die Frage, welcher Rechtsrahmen nunmehr für § 34 f GewO-Vermittler nach dem 03.01.2018 gilt, ist eindeutig:

Solange keine Änderungen an der Finanzanlagenvermittlungsverordnung beschlossen werden, ist diese in der derzeit gültigen Fassung von den gewerblichen Anlagevermittlern einzuhalten. Das heißt die Berufsausübung kann in der derzeit ausgeübten Form unverändert fortgeführt werden.

Eine Rechtsgrundlage für die Geltung darüber hinausgehender oder von der FinVermV abweichender Pflichten besteht tatsächlich nicht.

### **Keine Direktwirkung der MiFID II**

Es gibt keine nationale Direktwirkung europäischer Richtlinien. Die Einhaltung von Vorgaben der MiFID II, ohne dass der deutsche Gesetzgeber diese für den § 34 f-Vertrieb in ein deutsches Gesetz bzw. in eine Verordnung umgesetzt hat, kann daher nicht gefordert werden. Der nationale Umsetzungsakt durch das 2. Finanzmarktnovellierungsgesetz wendet sich ausschließlich an Finanzdienstleistungsinstitute und nicht an gewerbliche Vermittler nach § 34 f. Die MiFID II hat ausdrücklich in Artikel 3 vorgesehen, dass jeder Mitgliedsstaat beschließen kann, dass Personengruppen von der Anwendung der Richtlinie ausgenommen werden, sofern sie ausschließlich die Vermittlung bzw. Beratung im Zusammenhang mit dem Erwerb von Fondsbeiträgen vornehmen und hierbei nicht berechtigt sind, sich Geld oder Wertpapiere von Kunden zu verschaffen. Dies gilt auch weiterhin für die § 34 f-Vermittler.

Zwar enthält Artikel 3 Abs. 2 der MiFID II Vorgaben dafür, welche Inhalte der MiFID II auch in den Bestimmungen der Mitgliedstaaten für die Personen enthalten sein müssen, die der Bereichsausnahme unterfallen. Dies führt jedoch nicht zu einer unmittelbaren Wirkung der MiFID II in Deutschland, sondern es bedarf weiterhin der Umsetzung durch einen nationalen gesetzgeberischen Akt, um die Vorgaben der MiFID II in die FinVermV einfließen zu lassen. Da dieser bisher nicht erfolgt ist, gilt weiterhin die aktuell bestehende FinVermV.

### **§ 34 f-Vermittler dürfen weiterhin Gewinne aus Provisionseinkünften erzielen**

Der § 34 f-Vermittler darf weiterhin aus Zuwendungen Gewinne erzielen. Wir gehen davon aus, dass dies auch nach einer Änderung der FinVermV der Fall sein wird, da ansonsten die Unterscheidung zwischen Anlagevermittlern und Honorarberatern nicht mehr gegeben ist. Dem auf Provisionsbasis tätigen Anlagevermittler kann nicht auferlegt werden, ein parallel geltendes Honorarvergütungssystem zu entwickeln, um es ihm zu ermöglichen, Gewinne zu erzielen.

### **Keine Pflicht für telefonische Aufzeichnung von Beratungsgesprächen durch § 34 f-Vermittler**

Die von einem § 34 f-Vermittler telefonisch erbrachte Anlageberatung ist derzeit nicht aufzuzeichnen. In § 34 g Abs. 1 S. 2 Ziff. 3 GewO ist lediglich eine Ermächtigung enthalten, die vorgibt, dass in der Verordnung auch Vorschriften zur Aufzeichnung telefonischer Beratungsgespräche und der elektronischen Kommunikation eingebunden werden. Eine Umsetzung in der Neufassung der FinVermV kann also erwartet werden. Eine gesetzliche Pflicht zur Aufzeichnung besteht jedoch noch nicht. Da der § 34 f-Vermittler seine Beratung im eigenen Namen und nicht im Namen eines Finanzdienstleistungsinstituts erbringt, was ihn von dem gebundenen Agenten eines Haftungsdatums unterscheidet, kann es auch keine abgeleitete Aufzeichnungspflicht geben.

### **Vertragspartner müssen die eigenständige Rechtsposition des § 34 f-Vermittlers berücksichtigen**

Die Vertragspartner des § 34 f-Vermittlers, d.h. Depotbanken, Fondsgesellschaften, Kapitalverwaltungsgesellschaften u. a. sind aufgefordert, die eigenständige Rechtsposition der § 34 f-Vermittler zu berücksichtigen. Es ist nicht angemessen, diesen Verpflichtungen beispielsweise aus dem WpHG aufzuerlegen, die für ihre ge-

werbliche Tätigkeit tatsächlich nicht gelten.

### **Neue Software kann genutzt werden**

Wer schon eine auf MIFID II Dokumentation abgestellte Software besitzt, kann diese auch heute schon nutzen. Da hier die Risikotoleranz und -tragfähigkeit des Kunden gesteigert berücksichtigt werden, sowie eine Geeignetheitserklärung erstellt wird, kann dieses System selbstverständlich auch unter der derzeit geltenden FinVermV eingesetzt werden. Diese Form der Beratungsdokumentation stellt für den Kunden keine Verschlechterung gegenüber den aktuell geltenden gesetzlichen Anforderungen dar, sondern übertrifft insbesondere im Bereich der Offenlegung von Zuwendungen sogar das Maß der aktuell zu erfüllenden Transparenzvorgaben. Die Phase bis zum Inkrafttreten einer neuen FinVermV kann daher auch zur Einführung aktualisierter Beratungssoftware genutzt werden.

### **Geschichte wiederholt sich**

Die Situation einer verspätet umgesetzten europäischen Richtlinie ist im Übrigen ein Wiederholungsfall. Die erste Versicherungsvermittlerrichtlinie (IMD) sollte in den Nationalstaaten ab dem 15.01.2005 gelten. In Deutschland wurde sie tatsächlich erst zum 22.05.2007 umgesetzt. Obwohl die Richtlinie tiefgehende Veränderungen enthielt, wie etwa das Gebot zum Abschluss einer Berufshaftpflichtversicherung sowie Erstauskunfts- und Beratungsdokumentationspflichten, gab es für keinen der Versicherungsvermittler die Pflicht, diese Anforderungen schon vor dem deutschen Umsetzungsgesetz einzuhalten.

Die Versicherungsvermittlung in Deutschland erfolgte daher fast 2½ Jahre ohne die Einhaltung der Vorgaben der IMD. Dies hatte weder für Vermittler noch Versicherungsunternehmen negative Konsequenzen. Es gab weder begründete Schadenersatzforderungen noch Interventionen der Aufsicht.

Quelle: Verband Unabhängiger Finanzdienstleistungs-Unternehmen in Europa e.V.

## **Die Deutsche Bank - ein Sanierungsfall**

Der Ruf der Deutschen Bank ist schwer angeschlagen. Hohe Boni-Zahlungen trotz Verlusten, heikle Hypotheken-Derivate-Geschäfte in den USA, Manipulation von Zinssätzen – Negativ-Schlagzeilen begleiten das Bankhaus seit Jahren. Doch das neue Management will Vertrauen zurückgewinnen.

Und so konnten erstmals unabhängige Wirtschaftsjournalisten in der Bank recherchieren, bekamen Zugang zu Sitzungen und Dokumenten, sprachen mit Vorständen und Aufsichtsräten. In der Schäffer-Poeschel-Neuerscheinung „Deutsche Bank intern. Über den Versuch einer Sanierung“ arbeitet der Journalist Ingo Nathusius diese Recherchen und Interviews systematisch auf. Präzise analysiert das Buch die schwierige Lage der Bank und beschreibt ihre hürdenreiche Sanierung.

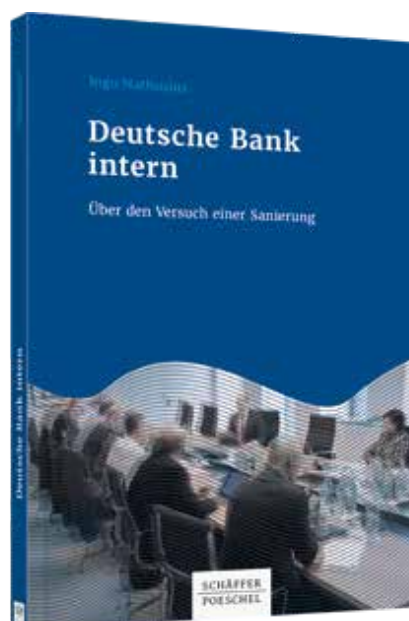
Das alte Management ist ausgetauscht. Die neue Mannschaft setzt auf Transparenz und gute Ergebnisse. Doch es ist ein Neuanfang mit Hindernissen. Das zeigen die Nachforschungen, die Ingo Nathusius für eine Fernsehdokumentation angestellt hat und die die Grundlage für „Deutsche Bank intern. Über den Versuch einer Sanierung“ bilden. Die durch jahrelange Verfehlungen und Fehlentscheidungen entstandenen Probleme sind immens: Die Erträge sinken, der

notwendige Personalabbau ist enorm teuer, die Investmentbanking-Stars verlangen und erhalten wieder hohe Boni. Die veraltete, uneinheitliche IT-Systemlandschaft muss dringend erneuert werden und die Bürokratie wuchert.

Doch das Buch bietet mehr als eine Bestandsaufnahme der aktuellen Situation und die detaillierte Beschreibung der Baustellen der Sanierung. Der Autor zeigt zudem auf, wie es überhaupt so weit kommen konnte: Er vollzieht den Wandel von einer deutschen Institution zu einer großen internationalen Bank und den Einstieg in das Investmentgeschäft nach. Und er liefert exklusive Einblicke in das umstrittene Derivategeschäft in den USA und Deutschland.

Ingo Nathusius gelingt ein Sittengemälde einer durch Ignoranz, durch Rücksichtslosigkeit gegenüber der Bank und ihrer Zukunft, durch blanken Eigennutz und durch ungenügende Kaufmannschaft geprägten Kultur, die eine scheinbar unerschütterliche deutsche Institution an den Rand des Abgrunds brachte.

Übrigens: Das Buch ist mit Papego ausgestattet. Mit dieser innovativen Technologie kann man das gedruckte Buch ganz einfach unterwegs digital weiterlesen. Einfach die Papego-App herunterladen, die aktuelle Buchseite scannen und dann bis zu 25 Prozent des Buches unterwegs auf Smartphone oder Tablet weiterlesen.



Ingo Nathusius

### **Deutsche Bank intern**

Über den Versuch einer Sanierung  
Erscheinungsjahr 2018  
135 Seiten gebunden

Euro 24,95  
ISBN 978-3-7910-4150-6

Quelle: Prospero GmbH, Pressemitteilung im Februar 2018

# 1 Man kennt keine Grenzen: Billionen aus der Staatskasse.

Nicht nur Donald Trump geht sehr großzügig mit Steuergeldern um. Bekanntlich kostet die amerikanische Steuerreform in den nächsten zehn Jahren rund zwei Billionen US-Dollar. Hinzu kommen ganz aktuell noch über eine Billion US-Dollar für den Umbau der atomaren Abschreckung der amerikanischen Streitkräfte.

Da kann die GroKo auch nicht zurückbleiben: Gabor Steingart schreibt am 05. Februar 2018 im Handelsblatt Morgen Briefing: „Der Finanzplan für die laufende Legislaturperiode sieht Ausgaben von märchenhaften 1,392 Billionen Euro vor. Das aber reicht CDU, CSU und SPD nicht aus, weshalb man sich in den Koalitionsgesprächen darauf verständigt hat, noch einmal zweistellige Milliardenbeträge draufzupacken. ... Sobald die Regierung ihm eine Verrechnung seiner Ein- und Auszahlungen vorlegen würde, könnte er den Illusionscharakter der Veranstaltung mühelos durchschauen. Das weiße Kaninchen, das die Politiker ihm aus dem Hut zaubern, hat er selbst hineingesteckt...“

## 2 Die Illusion eines risikofreien Zinses durch die EZB

Die Europäische Zentralbank (EZB), die Europäische Wertpapier- und Marktaufsichtsbehörde (ESMA), die Europäische Kommission und die belgische Finanzaufsichtsbehörde (FSMA) gaben am 02. Februar 2018 gemeinsam die Zusammensetzung der Arbeitsgruppe zu risikofreien Zinssätzen für das Euro-Währungsgebiet bekannt. Eine Aufgabe der Arbeitsgruppe besteht darin, alternative risikofreie Zinssätze zu identifizieren und zu empfehlen sowie im Einklang mit den Terms of Reference, an denen sie ihre Arbeit ausrichtet, mögliche Umstellungsschwierigkeiten beim Übergang auf diese Zinssätze zu prüfen. Derartige Zinssätze könnten als Alternative zu den bereits bestehenden, bei zahlreichen Finanzinstrumenten und -kontrakten im Euroraum verwendeten Referenzzinssätzen dienen.

Die konstituierende Sitzung der Arbeitsgruppe zu risikofreien Zinssätzen für das Euro- Währungsgebiet wird am 26. Februar 2018 bei der EZB stattfinden. Die Tagesordnungen und Protokolle der einzelnen Sitzungen sowie aktuelle Informationen zu den erzielten Fortschritten der Arbeitsgruppe werden auf einer gesonderten Internetseite der EZB veröffentlicht.

# 6x

aus dem

## 3 Die Rechnung für den G20-Gipfel in Hamburg liegt nun vor

Für den G20-Gipfel in Hamburg hat die Bundesregierung 72,2 Millionen Euro als monetäre Bilanz vorgelegt. Allein der Einsatz von Bundespolizei, Bundeskriminalamt, Technischem Hilfswerk und Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik schlug mit 27,7 Millionen Euro zu Buche. Das Bundespresseamt investierte 22,1 Millionen für die Betreuung der 5100 akkreditierten Medienvertreter und für die eigene Kommunikation.

Nur ein Drittel des Geldes floss tatsächlich in die organisatorische und logistische Vorbereitung des Besuchs der Staats- und Regierungschefs in der Hansestadt – etwa 21,7 Millionen Euro, so das Auswärtige Amt. Zu vernachlässigen sind dabei fast die Kosten für die „technische Amtshilfe“ der Bundeswehr für die Sicherheitskräfte des Bundes und der Länder über 300.000 Euro sowie die 400.000 Euro für eine Veranstaltung des Bundesfinanzministeriums mit der Bezeichnung „G20-Finance Track“.

Für das letzte große Gipfeltreffen – den G7-Gipfel auf Schloss Elmau in Bayern 2015 - hatte die Bundesregierung die Kosten noch mit 63 Millionen Euro angegeben.

## Jäderberg muss wegen australischen Fachpartner Quintis Vertrieb aussetzen

# 4

Jäderberg & Cie. aus Hamburg bietet seit Jahren mittelbare Geldanlagen in Indisches Sandelholz aus Australien an. Dies ist ein seltenes Tropenholz und wertvoller Rohstoff. Doch seit einiger Zeit gibt es Probleme bei Quintis Limited dem Bewirtschafter und Vermarkter der australischen Plantagen.

Der Chef von Jäderberg & Cie., Peter Jäderberg teilte in einer Presseerklärung mit, dass Quintis seit April 2017 die Neuaufstellung betreibt. „Am vergangenen Freitag war schließlich die Geduld eines anderen, an der Rekapitalisierung nicht beteiligten Gläubigers offensichtlich aufgebraucht“, teilte Peter Jäderberg mit. Dieser Gläubiger, das Investmentunternehmen Asia Pacific Investments DAC, habe eine 2014 erworbene Plantage zu einem Preis von 37 Millionen Australische Dollar zurückgegeben. „Da Quintis diesen Betrag in dieser Phase nicht aufbringen kann, hat sich die Unternehmensführung für die Einleitung der Voluntary Administration entschieden“, hieß es. Über potentielle Auswirkungen und Risiken auf die aktuellen Investmentangebote werde man gesondert in einem formellen Nachtrag zum Vermögensanlagen-Prospekt und möglichst zeitnah informieren“

Es war zu hören, dass die Anlageprodukte derzeit aus dem Vertrieb genommen sind.

## MiFID II bedeutet: Anleger werden bevormundet

Mit den neuen Regulierungen versucht die Politik nichts anderes, als Anleger vor sich selbst zu schützen. Man zielt auf Transparenz und Verlustplanung ab, Anleger werden jedoch all diesen erhöhten Betreuungs- und Beratungsaufwand indirekt mitbezahlen, obwohl der Nutzen in den allermeisten Fällen mehr als fraglich ist. Auch die Börsen hält der Zusatzaufwand in Atem.

„Die MiFID beschäftigt uns täglich und bedeutet Aufwand ohne Ertrag“, so Andreas Schmidt, Vorstand der Bayerischen Börse AG im Finanzmagazin Capital. „Hier geht es um einen massiven Eingriff in den Wettbewerb von Marktbetreibern und Marktakteuren. Es geht darum, dass Technokraten ohne Verständnis für Märkte Anreize so schaffen, dass außerbörstlich noch mehr gehandelt wird. Damit wird das Ziel der MiFID verfehlt, den fairen und transparenten Handel an den Börsen zu stärken“, resümierte Schmidt. Gut gemeint ist also längst nicht gut gemacht, ist das Fazit des Capitals.

# Positives und Negatives Finanzmarkt

## 6 ZIA – Statement: Mangelverwaltung beim Mietrecht – keine Ideen

Im Mietrecht hingegen sei aus Sicht des ZIA weniger Kreativität vorhanden gewesen.

„Die Verhandlungspartner haben den ursprünglichen Weg der Sondierung vom Anreizsetzen statt Regulieren wieder verlassen und verschärfen nun Probleme. Die vorgesehene Senkung der Modernisierungsumlage auf acht Prozent reduziert künftig Investitionen, insbesondere entfallen energetische Sanierungen“. Hinzu komme eine Kappung von 3€ der monatlichen Miete auf einen viel

zu langen Zeitraum von sechs Jahren – ein weiterer Modernisierungsblocker, so ZIA-Präsident Andreas Mattner. Dies werde dazu führen, dass bestehende und geplante Vorhaben zur Ertüchtigung von Gebäuden kritisch überdacht werden müssen.

Die Koalitionäre hätten leider nicht berücksichtigt, dass nicht alle Kosten umlagefähig sind und professionelle Vermieter ohnehin nicht alle Maßnahmen auch an die Mieter weiterreichen. Die vielbeschriebenen elf Prozent seien in der verwalterischen Praxis eher drei oder vier Prozent.

„Die Offenlegung der Vormiete wirkt zwar auf den ersten Blick wie ein Nachjustieren der Mietpreisbremse, doch wird sie das zu Grunde liegende Problem der steigenden Mieten auch nicht beheben können. Die Mietpreisbremse hat versagt, weil sie als Instrument nichts taugt. Statt die Ergebnisse dieses Instruments wie noch in den Sondierungen festgelegt auf ihre Wirkung zu überprüfen, soll sie jetzt bleiben – hier will die Koalition plötzlich einen Mangel weiter verwalten. Dabei haben bereits Gerichte auf Probleme hingewiesen. Zudem gebietet es die Verfassung, solch gravierende Eingriffe in das Eigentum zu überprüfen. Demnach dürfte die Bremse nur aufrechterhalten werden, wenn die Notlage noch die gleiche wäre wie bei der Einführung“, sagt Mattner. „In den Sondierungsergebnissen haben die Parteien festgehalten, Maßnahmen zur schnelleren und preiswerteren Bereitstellung von Bauland zu beschließen. Genau hier müssen wir ansetzen. Die Grundstücke sind der Flaschenhals. Wir brauchen Platz zum Arbeiten, die Investoren stehen bereit.“

*Kommentar des Herausgebers Edmund Pelikan*

## **Arena des monetären Sadismus**

*Den Kampf um ewige Niedrigzinsen und Transferleistungen tragen nicht nur Mario Draghi und Jens Weidmann aus!*



Es mutet fast schon an wie der Film „Und täglich grüßt das Murmeltier“. In der Pressekonferenz nach der monatlichen Sitzung des Rates der Europäischen Zentralbank hat auch im Januar 2018 der EZB-Chef Mario Draghi die Fortsetzung der Nullzinspolitik verkündet. Als kleines „Ausstiegssignal“ wird ab Januar das Volumen der umstrittenen Anleihenkäufe von 60 auf 30 Milliarden Euro reduziert – Monat für Monat. Wohlgemerkt mit Geld, das aus dem Nichts geschaffen wurde. Diese Aktion von 30 Milliarden Euro soll wiederum bis einschließlich September 2018 durchgeführt werden.

Seit Beginn des Ankaufsprogramms würden inklusiv der nun anstehenden 270 Milliarden Euro in den kommenden neun Monaten insgesamt 2,55 Billionen Euro in den Markt gepumpt sein: also 2.550.000.000.000.-Euro, das entspricht rund der Hälfte des Geldvermögens aller deutschen Haushalte.

Bundesbank-Chef Jens Weidmann gilt innerhalb der EZB als einer der

größten Kritiker dieser extrem lockeren Geldpolitik. Er fordert immer wieder, dass die Anleihenkäufe beendet werden. In wirtschaftlich starken Ländern wie Deutschland könne diese maßlose Geldmengenexplosion aber zu Preisblasen führen, allen voran am Immobilienmarkt. Dass damit auch Bilanzverluste von Firmen, wie derzeit bei der Deutschen Bank wegen Trumps Steuerreform, diskutiert oder teilweise Staatsfinanzierungen, wie sie derzeit in Griechenland anstehen, durchgeführt werden, ist ein fragwürdiger Eingriff in den monetären Markt.

Genau aber darauf stützt der EZB-Chef Draghi seine Argumentation und betont gebetsmühlenartig, dass die Wirtschaft nach wie vor auf die EZB-Hilfen angewiesen sei. Im Notfall sei der EZB-Rat bereit, das Anleihenkaufprogramm hinsichtlich Umfang und Dauer auszuweiten, bekräftigte Draghi. Die Aktienmärkte profitieren, und auch die Immobilienmärkte kennen derzeit keine Grenzen. Da wir aber immer die starke politische Prägung im Hinterkopf behalten sollten,

können Vermögensportfolios auch schnell ihre nicht realisierten Gewinne in Luft auflösen.

### **Der unkalkulierbare Faktor Trump**

Ein Jahr ist nun Donald Trump im Amt und hat alle schlimmsten Erwartungen übertroffen. Zwar sind die Republikaner in den USA fest im Sattel, und eine gesplante Hälfte unterstützt den egomanischen Präsidenten. Die große Steuerreform klingt zwar gut, birgt aber auch massive Gefahren für Unternehmen, wie man am Beispiel der Deutschen Bank sieht. Nicht zuletzt wird das Staatsdefizit in den nächsten zehn Jahren um rund zwei Billionen US-Dollar steigen. Und das bei einem gerade abgewendeten Staatsausgaben-Shutdown. Umso mehr erstaunt, dass sich deutsche Spitzenmanager in Davos wie naive Schuljungen, ähnlich wie Monate zuvor sein eigenes Kabinett, von dem amerikanischen Lügenbaron instrumentalieren lassen. Die am nächsten Tag gehaltene Präsidentenrede steckte wieder einmal voller Widersprüche und Unwahrheiten. Aber immer weniger haben die Energie, weiter dagegenzuhalten. Kurz: Trump wird wirtschaftlich immer unkalkulierbarer und jeder, der auf ihn setzt, wird verlieren. Denn es kann nur einer gewinnen – Donald Trump selbst und sein Firmenimperium.

### **Finanzkrise 2008 – und heute?**

Die Finanzkrise ist fest mit Lehman Brothers verbunden. Der Film „Big Short“ beschreibt aber sehr gut, dass die Probleme viel tiefer lagen. Eine überhebliche Finanzindustrie, die auf selbstgemachte Prognosen und manipulierte Indizes setzt. Eine allmächtige und gleichzeitig zu tiefst verunsicherte Politik, die vordergründig Anlegerschutz betreibt und in Wahrheit immer nur die nächste Wahl im Auge hat. Und die Investoren, die der Herde hinterherlaufen, anstatt den heute komplett überholten monetären Sicherheitsbegriff neu zu definieren.

Das beste Beispiel hierfür sind die aktuell emittierten Staatsanleihen. Noch 2017 begab die Republik Ös-





terreich eine 100-jährige Anleihe mit lediglich zwei Prozent Verzinsung. In einem ausführlichen Artikel im Dezember ist unser Schwester-Magazin FOR (family-office-report.de) auf diese Anleihe eingegangen und stellte die Absurdität insbesondere der langen Laufzeit in Frage. Aktuell wagt sich Griechenland – wie oben erwähnt – mit der ersten Staatsanleihenemission seit dem Testballon zur Jahresmitte 2017 an den freien Kapitalmarkt. Die letzten Anleihen begab das Land im Jahr 2014, bevor es wieder zu Finanzierungsproblemen gekommen ist. Mit 4,625 Prozent fiel 2017 der Zins günstiger aus als im April 2014. Damals musste für eine fünfjährige Anleihe noch eine Rendite von 4,95 Prozent bezahlt werden. Institutionelle Anleger wie Versicherungen kaufen solche Produkte, da diese als Staatsanleihen nicht mit Eigenkapital unterlegt werden müssen und damit als pseudo-sicher gelten. Was für eine Farce und Ungleichbehandlung zu so manchen sachwertbasierten Investments!

So aber finanziert die EU ihre Staaten und bringt Anleger langfristig um ihr Geld. Eine Transferunion der besonderen Art! Und da haben wir hier noch gar nicht die von Peter Altmaier als Interimsfinanzminister geplante Aufweichung der Einlagensicherung zugunsten einer europäischen Vergemeinschaftung erwähnt.

### **Ausgleichsfaktor im Portfolio**

Wenn nun alles zu negativ klingt, ist genau das Gegenteil der Fall. Mit Jens Weidmann haben wir einen Verfechter der Stabilität in der Warteposition auf den Chefessel der EZB. Die große Koalition wird bald ihre Arbeit aufnehmen, und damit wird die Bun-

despolitik wieder kalkulierbar werden. Zwar ist keine wirtschaftsliberale Richtung zu erwarten, aber Vermögensmanager können sich auf die zu erwartende Umverteilungssorgie

zumindest einstellen. Und die deutsche Wirtschaft brummt, auch ohne handlungsfähige Regierung – oder vielleicht deshalb.

Wir alle werden uns auf weitere zwei Jahre Niedrigzinsen einstellen dürfen, bis der Kampf um die EZB ausgetragen ist. Auch die Ära Merkel wird so oder so in dieser Zeit ein Ende finden oder zumindest absehbar sein. Zu diesem Zeitpunkt ist dann auch klar, ob Trump weiterhin Unruhe stiften darf. Es gilt also, zwei bis drei Jahre Ruhe zu bewahren und die Ungewissheit durch breite Portfoliostreuung, auch in Sachwerte, zu begleiten. Denn der monetäre Sadismus aus Politik und Eliten, der auf die Dummheit und Naivität der Massen Anleger setzt, wird weiter zunehmen. ■

## **KGaA's beschränken Aktionärsrechte – DVFA weist auf Nachteile in der Corporate Governance dieser Rechtsform hin**

*Mit Sorge sieht der DVFA e.V., die Standesorganisation aller Investment Professionals in den deutschen Finanz- und Kapitalmärkten, den Trend zur Umwandlung von Aktiengesellschaften in Kommanditgesellschaften auf Aktien (KGaA). „Es ist gut, dass die Deutsche Bank von vorneherein offenlegt, dass sie ihre Asset Management Tochter als KGaA an die Börse bringen will; so können Investoren schon vor dem Kauf entscheiden, ob sie die Besonderheiten dieser Rechtsform in Kauf nehmen wollen“, so Stefan Bielmeier, Vorstandsvorsitzender des Berufsverbands der Analysten, Fondsmanager, Vermögensverwalter und Banker.*

Denn in einer KGaA können zwar alle Aktionäre gemäß ihrer Anzahl der Aktien das Stimmrecht auf der Hauptversammlung ausüben, wichtige strategische Entscheidungen bleiben jedoch der persönlich haftenden Gesellschafterin, die die Geschäfte einer KG führt, vorbehalten. Die Führung dieser Gesellschaft wiederum wird von den Komplementärgesellschaftern bestimmt. Die Kontrollbefugnisse des Aufsichtsrats entsprechen so nicht denen einer AG.

Die DVFA erwartet, dass institutionelle Investoren diese Form der Beteiligung kritisch sehen und einen Aufschlag fordern. Doch auch bei transparenter und marktgerechter Kompensation sieht die DVFA das mögliche Entstehen einer Zweiklassengesellschaft unter den Aktionären kritisch. Treuhänderisch agierende Asset Manager

könnten ihren Anlegern bei Investitionen in KGaA's nicht die vollständige Vertretung ihrer Interessen zusichern.

„Gerade in letzter Zeit beobachten wir, dass große Aktionäre beginnen, ihre Rolle ernster nehmen und ihre Kritik an der Unternehmensführung sowohl im Hintergrund als auch durch ihr Stimmverhalten auf Hauptversammlungen ausdrücken. Im Sinne einer guten Corporate Governance, die leistungsgerechte und aktionärsfreundliche Vergütungssysteme sowie die Einhaltung von ESG-Kriterien umfasst, begrüßen wir diese Entwicklung“, so Bielmeier. „Es wäre schade, wenn diese durch das Vordringen von KGaA's und anderen Stimmrechtsbeschränkungen gebremst würde.“

Quelle: Pressemitteilung der DVFA e.V., Dezember 2017 ■

## Anleihebesprechung Immobilieninvestment „Mitten in Hannover“

*Für das Anleihenangebot von Exporo benötigt man monetäre Demenz*



Eine Anleihe, auch festverzinsliches Wertpapier, Rentenpapier, Schuldverschreibung oder Obligation genannt, ist ein zinstragendes Wertpapier. Es handelt sich um ein Wertpapier, das dem Gläubiger das Recht auf Rückzahlung sowie auf Zahlung vereinbarter Zinsen einräumt.

So geschrieben in Wikipedia. Auch wenn man nicht alles aus der Online-Enzyklopädie für bare Münze halten sollte, werden die meisten Finanzpädagogen diese Erläuterung als kurz, aber nahe an der subjektiven Wahrnehmung eines klassischen Privatanlegers erachten.

Ein Lehrstück über die Dehnbarkeit eines Schuldverschreibungsbegriffs stellt die Exporo AG vor, die bislang eher als Crowdinvestinganbieter für Immobilienkleininvestoren bekannt wurde. Aber auch in diesem Segment ist sie beim Kapitaleinsammeln unter Druck geraten durch Insolvenzen bei dem Mitbewerber Zinsland. Am ärgerlichsten bei der Betrachtung der Zinslandvorgänge war, dass niemand die Schieflage hat kommen sehen und augenscheinlich das Controlling komplett versagte. Die Folge war, dass die Crowdinvestingplattformen ihren Weg in den regulierten Markt suchten, allen voran der Marktführer

dieses Segments mit dem Namen Exporo.

### **Die Versprechungen oder Marketing ist die gerechtfertigte Übertreibung**

Den Werbetexten gemäß werden mietbasierte quartalsweise Ausschüttungen von rund vier Prozent offeriert, die dann aus Beteiligungen an der Wertentwicklung von 80 Prozent auf eine erwartete Gesamtrendite von etwa sechs Prozent anschwellen. Und das bei einer Laufzeit von 10 Jahren. Das klingt sicher, solide und einfach zum Anbeißen. Und ergänzend wird noch darauf hingewiesen, dass kein Agio, keine versteckten Kosten und keine Gebühren das schöne Bild trüben. Kurz ein Idealinvestment, wie es scheint.

Wer aber des Lesens mächtig ist und nicht an monetärer grenzdebiler Demenz leidet, erkennt bereits nach den neun Seiten einleitender Zusammenfassung die Schwächen des Produkts.

### **Schwächen des Produkts**

(jeweils mit wörtlichen Auszügen aus dem Wertpapierprospekt mit der ISIN DE000A2GSNA6)

*„Die Emittentin wurde am 23. Mai 2017 gegründet und am 08. Juni 2017 in das Handelsregister des Amtsge-*

*richts Hamburg eingetragen.“ (B.12)*

Es wurde also für diese Schuldverschreibung eine eigene Gesellschaft gegründet, die weder eigenes Vermögen besitzt noch eine Historie aufweist. Lediglich die zu finanzierenden vier Immobilien wurden am 15. September 2017 bereits gekauft.

*„Der Kaufpreis für die Immobilien beträgt inklusiv Nebenkosten ca. 10,1 Millionen Euro.“ (B.13)*

Bei den Kaufpreisangaben mit einem Näherungswert zu arbeiten, ist wenig vertrauenserweckend. Es bleibt hier offen, welcher Anteil der Nebenkosten bereits in Unternehmen der Exporo-Gruppe fließt.

*„Die Exporo AG kann als Alleingesellschafterin (100 % der Stimm- und Kapitalanteile) in der Gesellschafterversammlung der Emittentin sämtliche Beschlüsse fassen.“ (B.14)*

Der Anleger ist auf Gedeih und Verderb auf die Willkür der handelnden Personen angewiesen. Dies gewinnt besondere Bedeutung, da hier später noch thematisiert wird, dass die Netto-Mietrendite durchaus auch bei positivem Verlauf des Wertpapiers negativ verändert werden könnte.

„EUR 5.500.000.- **variabel** verzinsliche Schuldverschreibung mit einer Laufzeit bis zum 30. November 2027.“ (C.1)

„Die Höhe der Zinsen ist **variabel** und maßgeblich von der Höhe der Mieterlöse der Immobilien abhängig.“ (C.9)

Der Teufel im Detail steckt in dem kleinen Wörtchen „variabel“. Wie eingangs erwähnt, rechnet der übliche Privatanleger bei dem Wort Anleihe oder Schuldverschreibung mit einem Festzins. Variable Zinszahlungen finden wir meist bei Genussrechten, die eine unternehmerische Komponente enthalten. Hier ist es anders. Wenn Mieter ausfallen, Mietnomaden in den Wohnungen wohnen oder auch das Assetmanagement - eine Tochter der Exporo AG - die Gebühren erhöht, sinkt der verbleibende Netto-Mietertrag und der Anleger bekommt geringere „Zinsen“. Im Grunde ist das Wort Zinsen allein schon irreführend, da es sich um eine Art Gewinnausschüttung handelt. Und eines ist klar: **Kein Gewinn bedeutet keine Zinsen.**

„Von den Mieterlösen sind die Kosten für den Betrieb der Immobilien, die Aufwendungen für die finanzierende Bank und die Schuldverschreibung, die Aufwendungen für die Bildung von Rücklagen für die Instandsetzung, Instandhaltung und/oder laufende Modernisierung sowie für eine Liquiditätsreserve abzuziehen.“ (C.10)

Oft sind die Festlegung von Instandsetzung, Instandhaltung und/oder laufende Modernisierung sowie für eine Liquiditätsreserve unternehmerische Entscheidungen. Einfluss auf dieses Assetmanagement oder mögliche schlechte Immobilienverwaltung hat man nicht, da man ja nicht Gesellschafter ist.

### Resümee

Unter D.3 der Zusammenfassung kann man Lesen: „Die Schuldverschreibungen sind unter Umständen nicht für jeden Anleger eine geeignete Kapitalanlage.“

Die Redaktion des BeteiligungsReports würde noch einen Schritt weitergehen. Nur Anleger, die blindes dauerndes Vertrauen in die Geschäftsführung der Emittentin und von Exporo hegen und ergänzend ein unbegrenz-

tes Gottvertrauen sich bewahren, dürfen ein solches Wertpapier zeichnen. Jeder Anleger, der einen Funken Eigenverantwortung für sein Vermögen verspürt, sollte einen weiten Bogen darum machen. Denn hier gibt man sein Geld mit Zeichnung lediglich ab, nur die Hoffnung bleibt.

Für den BeteiligungsReport ist diese Schuldverschreibung ein ernsthafter und glaubhafter Kandidat für die „Goldene Himbeere der anlegerunfreundlichsten Sachwertanlage“. ■



## Das Immobilieninvestment „Mitten in Hannover“

**Laufzeit:**  
10 Jahre

**Erwartete Gesamrendite\*:**  
6 %

**Ausschüttung:**  
alle 3 Monate

**Erster Zinstermin:**  
15. April 2018

**Sicherheiten:**  
Nachrangige Grundschuld

**Emissionsvolumen:**  
4.963.000 Euro

**Anlageklasse:**  
Anleihe

**WKN:**  
A2GSNA

**ISIN:**  
A2GSNA

\* Prognosen sind kein zuverlässiger Indikator für die künftige Wertentwicklung.

## IMPRESSUM

### Herausgeber:

Stiftung Finanzbildung gemeinnützige UG (haftungsbeschränkt)

### Verlag/Anzeigenvertrieb:

epk media GmbH & Co. KG  
Altstadt 296, 84028 Landshut  
Tel.: +49 (0)871 43 06 33-0  
Fax: +49 (0)871 43 06 33-11  
E-Mail: sekretariat@epk24.de

### Redaktion:

Edmund Pelikan (ep) verantwortlich, Nicolette Oeltges (no), Evi Hoffmann (eh), Tanja Christl (tc)

### Autoren und Interviewpartner dieser Ausgabe:

Martin Klein, Prospero GmbH

### Grafik, Layout:

Inge Wantscher

### Erscheinungsweise:

vierteljährlich

### Verlagsveröffentlichung:

2. Ausgabe

### Foto-Quellen:

www.shutterstock.com,  
www.pixelio.de, www.pixabay.de

### Nachdruck und Veröffentlichung nur mit Genehmigung des Herausgebers erlaubt.

### Beiträge und Autoren

In den mit Autorennamen gekennzeichneten Beiträgen wird die Meinung der Autoren wiedergegeben. Diese muss nicht unbedingt mit der des Herausgebers übereinstimmen.

### Risikohinweise / Disclaimer

Die Redaktion bezieht Informationen aus Quellen, die sie als vertrauenswürdig erachtet. Eine Gewähr hinsichtlich Qualität und Wahrheitsgehalt dieser Informationen besteht jedoch nicht. Indirekte sowie direkte Regressansprüche und Gewährleistung wird für jegliche Inhalte kategorisch ausgeschlossen. Leser, die aufgrund der in diesem Report veröffentlichten Inhalte Anlageentscheidungen treffen, handeln auf eigene Gefahr, die hier veröffentlichten oder anderweitig damit im Zusammenhang stehenden Informationen begründen keinerlei Haftungsobliegenheit. Ausdrücklich weisen wir auf die erheblichen Risiken hoher Wertverluste hin. Dieser BeteiligungsReport darf keinesfalls als Beratung aufgefasst werden, auch nicht stillschweigend, da wir mittels veröffentlichter Inhalte lediglich unsere subjektive Meinung reflektieren.

Für alle Hyperlinks gilt: Die epk media GmbH & Co. KG erklärt ausdrücklich, keinerlei Einfluss auf die Gestaltung und die Inhalte der gelinkten Seiten zu haben. Daher distanziert sich die epk media GmbH & Co. KG von den Inhalten aller verlinkten Seiten und macht sich deren Inhalte ausdrücklich nicht zu eigen. Diese Erklärung gilt für alle in den Seiten vorhandenen Hyperlinks, ob angezeigt oder verborgen, und für alle Inhalte der Seiten, zu denen diese Hyperlinks führen.

Alle nicht mit dem Zusatz „(red.)“ - Redaktion - gekennzeichneten Beiträge sind Auftragspublikationen und damit Anzeigen.

## Die „HTB Erste Immobilien Investment AG“ erhält als erste geschlossene Investment AG die BaFin-Vertriebsgestattung

Die HTB Hanseatische Fondshaus GmbH (HTB) hat von der BaFin die Genehmigung zum Vertrieb der ersten geschlossenen Investment Aktiengesellschaft „HTB Erste Immobilien Investment AG“ erhalten. Damit erschließt das Bremer Emissionshaus eine völlig neue Beteiligungsmöglichkeit, die die Vorteile der Aktiengesellschaft mit den lukrativen Renditen von Immobilieninvestments und den Vorzügen des neuen Investmentsteuergesetzes verbindet.

„Die geschlossene Investment AG ist die Antwort der HTB auf die Herausforderung der Digitalisierung. Sie verbindet erstmals die Vorteile der Aktiengesellschaft mit den Vorteilen der geschlossenen Beteiligungsmöglichkeit in Immobilien. Diese sind u.a. der einfache Erwerb durch den Anleger, der lediglich eine Aktie ordern und keinen großen Verwaltungsaufwand mehr wie bei vergleichbaren Produkten hat. Darüber hinaus besteht keine Nachschussverpflichtung mehr und Anleger können jederzeit über ihr Depot den Erfolg ihres Investments einfach verfolgen“, argumentiert Marco Ambrosius, Geschäftsführer der HTB Hanseatische Fondshaus GmbH.

Die Konstruktion der ersten geschlossenen Investment AG ist dabei überaus transparent und anlegerfreundlich gestaltet. Der Anleger erwirbt Aktien der „HTB Erste Immobilien Investment AG“. Die Gesellschaft, die von der eigenen Kapitalverwaltungsgesellschaft „HTB Hanseatische Fondshaus GmbH“ verwaltet wird, investiert in Immobilienanteile am Zweitmarkt sowie in Immobilien-Direktinvestments. Im Fokus stehen dabei die Assetklassen Büro, Handel, Hotel und Logistik in Deutschland.

Die Mindestbeteiligung liegt bei 1.000 Euro bzw. einer Aktie zzgl. Agio. Die geplante Laufzeit liegt bei 11 Jahren zzgl. Verlängerungs- und Verkürzungsoptionen.

Als Verwahrstelle fungiert die renommierte CACEIS Bank S.A.

„Mit der geschlossenen Investment AG können Anleger in wenigen Schritten ein vollreguliertes, risikogemischtes und dividendenorientiertes Immobilieninvestment in ihr Depot legen. Für uns ist das Konzept die logische Weiterentwicklung der geschlossenen Beteiligung. Die HTB Erste Immobilien Investment AG ist ein nach Kapitalanlagegesetzbuch durch die BaFin voll reguliertes Produkt, das bereits jetzt die Neuerungen des Investmentsteuergesetzes und der MiFID II-Anforderungen berücksichtigt“, so Marco Ambrosius.

Quelle: HTB im Januar 2018

Anzeige

## Wettbewerb „Jugend wirtschaftet!“ um den Klaus-Hildebrand-Preis

Bereits zum siebten Mal wurde im Jahr 2017 der Wettbewerb „Jugend wirtschaftet!“ der Landshuter Stiftung Finanzbildung in der bayerischen Oberstufe durchgeführt. Hierbei können Schüler ihre Facharbeiten und Seminararbeiten zum Wettbewerb einreichen, wenn die Arbeiten die Fachgebiete Wirtschaft und Finanzen thematisieren.

In diesem Jahr wurden über 30 Facharbeiten eingereicht – so viel wie nie zuvor. Diese werden von einer hochkarätigen Jury bewertet und prämiert. 2014 wurde der Wettbewerb „Jugend wirtschaftet!“ durch das bayerische Kultusministerium ideell unterstützt. Die Auszeichnung namens Klaus-Hildebrand-Preis ist einem Münchner Unternehmer gewidmet, der Zeit seines Lebens sich für den Austausch von Wirtschaft und Lehre eingesetzt hat.

Das Ziel der Stiftung Finanzbildung ist es, die Finanzwelt in Zukunft besser gestalten zu können. Dazu muss das Wissen um verhaltensorientierte Geldanlage und Finanzpsychologie, aber auch die Analyse der Finanzhistorie an Bedeutung gewinnen.

Von den Spenden werden der Ablauf des Wettbewerbs, die Preisverleihung und die Preisgelder selbst finanziert.

Projektort: Altstadt 296, 84028 Landshut, Deutschland

## Spendenaufruf



<https://www.gut-fuer-die-region-landshut.de/projects/60146>



economissimus  
WIRTSCHAFT BRAUCHT DEBATTE